

LINKS AG

Mitgliederzeitung der SP Schweiz
188 · Ausgabe AG · Mai 2020



Krisenlösungen für alle, nicht für wenige

Seit Beginn der Corona-Krise spekulieren Beobachter*innen darüber, was diese politisch verändern wird. Nach der ausserordentlichen Session des Parlaments ist die Antwort zumindest für die kurze Frist relativ klar: Nicht viel. Das Parlament hat – richtigerweise – die grössten Stützmassnahmen für die Schweizer Wirtschaft beschlossen. Mit Anträgen aber, nicht nur die Grossen zu schützen, ist die SP weitgehend aufgelaufen. Nach wie vor gibt es keine Lösung für Mieter*innen, Menschen in Armut wird zu wenig geholfen, und auch für die breite Mitte bleibt es bei Kurzarbeit mit Lohneinbussen von 20 Prozent – während gleichzeitig weiter saftig Dividenden ausbezahlt werden. Auch ökologische Bedingungen für die Rettung der Luftfahrt oder für bessere Arbeitsbedingungen in der Pflege waren chancenlos.

Heisst das jetzt, wir sollten klein beigeben? Nein, im Gegenteil. Es bedeutet einfach, dass auch eine Krisenlösung politisch verhandelt wird. Wir werden uns nur dann durchsetzen, wenn wir zusammen mit der Frauenbewegung, der Klimabewegung und den Gewerkschaften jetzt Druck machen. Das ist die Aufgabe der SP: Die Krise darf nicht

schon wieder auf dem Rücken der Kleinen ausgetragen werden.

Cédric Wermuth von Zofingen ist SP-Nationalrat und Vizepräsident der SP-Fraktion der Bundesversammlung.

Wege aus der Coronakrise

Die Einschränkungen des öffentlichen und wirtschaftlichen Lebens machen uns den Wert unseres «normalen Lebens» deutlich bewusst. Gleichzeitig erleben wir aber auch eine unglaubliche Solidarität – Solidarität mit den Erkrankten und gefährdeten Personen, mit Ärzt*innen, Pflegenden oder mit Unternehmen, die unverschuldet in akute wirtschaftliche Probleme kamen. Auch im Kanton Aargau sind Unternehmen existenziell bedroht. Viele Arbeitnehmende sind durch Kurzarbeit mit einer deutlichen Lohnreduktion konfrontiert oder laufen gar Gefahr, ihre Stelle zu verlieren. Für die SP ist zentral, dass alle kantonalen Soforthilfsmassnahmen darauf abzielen müssen, Arbeitsplätze und Löhne zu sichern. Daneben muss der Kanton aber die Chance packen, die Wirtschaft auf eine zukunftsfähige Art hochzufahren und gleichzeitig in eine nachhaltigere Wirtschaft zu investieren. Die SP Aargau fordert deshalb:

Löhne sichern: Mehr Geld bei Kurzarbeit

Anfang Mai waren im Aargau mehr als 160 000 Arbeitnehmende von Kurzarbeit betroffen, schweizweit waren es über

1,9 Millionen Menschen. Damit fällt für ein Drittel aller Arbeitnehmenden in der Schweiz ein Fünftel des Einkommens weg. Das kann bei tiefen Einkommen sehr schnell existenzbedrohend werden. Wir wollen, dass Personen mit tiefen Löhnen trotz Kurzarbeit 100 Prozent Lohn erhalten. Nur so können sie die hohen Fixkosten wie Miete und Krankenkassenprämien weiterhin zahlen und rutschen nicht in die Sozialhilfe ab. Die SP Aargau hat deshalb eine entsprechende Standesinitiative im Grossen Rat eingereicht.

Nach der Krise: nachhaltiges Investitionsprogramm

Um die Wirtschaft wieder anzukurbeln, muss der Kanton nach der Krise investieren. Das wird kosten. Aber die regionale Wirtschaft nicht wieder anzukurbeln, würde viel mehr kosten! Wir würden Arbeitsplätze verlieren und dennoch Schulden anhäufen, weil die Steuereinnahmen dauerhaft zusammenbrechen würden. Die SP Aargau hat den Regierungsrat deshalb mit einem Postulat aufgefordert, möglichst schnell ein Investitionsprogramm zu entwickeln. Die Forderungen liegen auf der

Hand: Mit der Stärkung des öffentlichen Verkehrs sowie des Fuss- und Veloverkehrs kann unsere Mobilität nachhaltig umgebaut werden. Mit Investitionen in die Renovation von Gebäuden und die Erzeugung erneuerbarer Energie können die absehbaren Verluste zumindest teilweise kompensiert werden. Investitionen beispielsweise in Tourismus- und Kulturprojekte sowie in die Kinderbetreuung stärken den Wirtschaftsstandort Aargau.

Klar ist: Die Last der Krise darf nicht auf die Schwächeren der Gesellschaft abgewälzt werden. Vielmehr soll sie von denjenigen getragen werden, die von der gegenwärtigen Krise profitieren. Die Finanzierung des Investitionsprogramms soll zumindest teilweise über eine temporäre Erhöhung der Unternehmensgewinnsteuer und der Dividendenbesteuerung erfolgen. Unternehmen, die in der Krise Gewinneinbrüche erlitten, trifft diese Steuer nicht. Dies ist die Voraussetzung für eine konstruktive, gerechte und nachhaltige wirtschaftliche Erholung.

Gabriela Suter von Aarau ist Präsidentin der SP Aargau und SP-Nationalrätin.

KOMMENTAR



Dieter Egli ist unser Regierungsratskandidat!

Der Entscheid ist gefallen: Am 15. Mai haben die Delegierten der SP Aargau Dieter Egli zu unserem Regierungsratskandidaten gewählt – aufgrund der Coronamassnahmen im Briefwahlverfahren. Nachdem seine beiden Mitbewerbenden Marco Hardmeier und Franziska Graf-Bruppacher ihre Kandidaturen zurückgezogen hatten, stand er im zweiten Wahlgang als alleiniger Kandidat zur Verfügung. Es ist nicht selbstverständlich, dass sich gleich drei politisch bestens ausgewiesene Kandidat*innen für ein so wichtiges Amt zur Verfügung stellen. Die drei Kandidaturen ermöglichten den Delegierten eine echte Auswahl. Die Geschäftsleitung der SP Aargau dankt Franziska und Marco für ihre Kandidaturen sowie für das faire und konstruktive Mittragen des ganzen Nominationsprozesses und wünscht ihnen für ihre politische Arbeit weiterhin viel Erfolg.

Dieter Egli ist als langjähriger Grossrat, Co-Fraktionspräsident und Vizepräsident der SP Aargau kantonsweit bekannt und auch überparteilich bestens vernetzt. Die Geschäftsleitung ist überzeugt, dass er die sozialdemokratischen Werte mit starker Stimme in den Regierungsrat tragen wird und freut sich auf einen erfolgreichen Wahlkampf mit ihm.

Der Anspruch der SP auf einen Regierungsratssitz scheint zwar für viele unbestritten zu sein. Trotzdem dürfen wir uns nicht in falscher Sicherheit wähnen und uns zurücklehnen. Es gilt nun, uns geeint hinter unseren Kandidaten zu stellen und ihm die grösstmögliche Unterstützung zukommen zu lassen. Nur so können wir unseren Sitz in der Regierung am 18. Oktober verteidigen!

Gabriela Suter von Aarau ist Präsidentin der SP Aargau und SP-Nationalrätin.

REGIERUNGSRATSWAHL VOM 18. OKTOBER 2020

Verantwortung, gemeinsam

Es braucht mehr Sozialdemokratie im Aargau. Deshalb will ich mit euch zusammen unseren Sitz in der Regierung verteidigen.

Ich danke der SP und allen Delegierten für die Nomination – und Franziska und Marco für das spannende, faire Miteinander während der Ausmarchung. Mit der Nomination spüre ich grosses Vertrauen aus der Partei – und die Verpflichtung für einen Wahlkampf, in dem ich alles geben werde!

Ich will Verantwortung übernehmen ...

Ich kenne den Aargau, die SP und das Parlament aus meinem jahrelangen politischen Engagement. Politik ist immer noch meine Leidenschaft. Deshalb habe ich Lust auf dieses Amt – ich will mitgestalten und Verantwortung übernehmen.

... in einem Kanton, der Verantwortung übernimmt ...

Die Corona-Krise zeigt uns, wie verletzlich unsere Gesellschaft ist, wie flüchtig unsere Freiheiten und wie zerbrechlich unser Wohlstand. Und sie zeigt uns: Es braucht den Staat. Predigten für Wettbewerb taugen nur bei schönem Wetter. So versuchte man jahrelang, das Gesundheitswesen zu privatisieren und auf Gewinn zu trimmen – um jetzt in der Krise Angst haben zu müssen, dass es zusammenbricht! Der Staat muss Verantwortung übernehmen, mit einem Service public, der auch im Sturm funktioniert: Gesundheit, die sich alle leisten können. Bildung, zu der

alle Zugang haben. Sicherheit, die alle spüren. Soziale Netze, auf die alle zählen können. Infrastruktur, die alle nutzen können. Natur, die für alle erhalten bleibt.

... damit jede*r einzelne Verantwortung übernehmen kann

Ich will einen Kanton, der den Menschen etwas bietet, eine solidarische Gesellschaft, in der alle die gleichen Chancen und damit eine Perspektive haben. Dann übernehmen wir alle auch selbst Verantwortung: Wenn wir Care-Arbeit leisten oder ehrenamtlich tätig sind. Wenn wir uns aus- und weiterbilden. Wenn wir mit Unternehmen Arbeitsplätze schaffen. Wenn wir die Gesellschaft kulturell bereichern. Wenn wir für die Umwelt handeln. Wenn wir uns politisch engagieren.

Zukunft, konkret

Wir müssen den Klimawandel stoppen, und zwar auf soziale Art und Weise. Und wir müssen die Corona-Krise überwinden. Dafür sollen aber nicht die Schwächsten, die Arbeitnehmenden und die vielen Selbständigen, bezahlen. Wir müssen Jobs und Löhne sichern. Und wir müssen als Gesellschaft offen bleiben, auf Dialog setzen und nicht auf Populismus. Deshalb braucht es unsere sozialdemokratischen Werte nach wie vor! Für diese will ich mich im Aargau ganz konkret einsetzen:

- Sichere Grundbildung und das Recht auf Weiterbildung für alle,
- gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit und ein würdiges Leben mit oder ohne Arbeit,
- klimaneutral, ohne Öl und mit erneuerbaren Energien, und besserer öffentlicher Verkehr anstatt neue Strassen,
- innovative Unternehmen, die ökologisch und sozial wirtschaften,
- garantierte Sozialhilfe und eine Gesundheitsversorgung, die nicht nur Gewinn machen muss.

Ich danke euch für eure Unterstützung und freue mich auf den Wahlkampf mit euch. Gemeinsam schaffen wir es am 18. Oktober!



Dieter Egli von Windisch ist SP-Grossrat, Co-Präsident der SP-Grossratsfraktion und Vizepräsident der SP Aargau. Er kandidiert für die SP am 18. Oktober 2020 als Regierungsrat (www.sp-aargau.ch/).

Zur SP-Nomination für die Regierungsratswahlen 2020

LINKS.AG HAT FRANZISKA GRAF-BRUPPACHER UND MARCO HARDMEIER GEBETEN, ZUR NOMINATION FÜR DIE REGIERUNGSRATSWAHLEN VOM 18. OKTOBER 2020 AUS IHRER SICHT POSITION ZU BEZIEHEN. HIER IHRE STELLUNGNAHME:

Wichtig ist es, den Sitz zu halten

Für mich hat Priorität, den freiwerdenden Regierungsratssitz in der SP zu halten. Das schafft nur, wer in der Partei den grösstmöglichen Rückhalt genießt. Mit meiner Kandidatur habe ich mich mitgeholfen, dass die Delegierten der SP Aargau eine breite Auswahl an Kandidierenden hatten. Unsere Delegierten waren sich ihrer Aufgabe und Verantwortung bewusst und haben jener Person ihre Stimme gegeben, die sie im Regierungsrat sehen möchten. Für diese Person werden sie im Wahlkampf auch vollen Unterstützungseinsatz leisten.

Wir drei SP-Kandidierenden waren untereinander keine Gegner, wir stehen alle drei für die gleichen Werte ein. Der eigentliche Wahlkampf hat noch nicht begonnen, und wir sollten parteiintern unsere Kräfte schonen und bündeln.

Die Rechnung ist einfach: Dieter Egli hatte im ersten Wahlgang einen Vorsprung, der

nicht aufzuholen war. Anders als bei einer Volkswahl mit Kandidierenden aus unterschiedlichen Parteien konnte im zweiten Wahlgang nicht mit Wechselwählern und zusätzlich Mobilisierten gerechnet werden, daher zog ich meine Kandidatur zurück.

Die Ausmarchung per Videos und die briefliche Wahl waren spannende Erfahrungen. Ich danke allen Involvierten, vor allem Dieter Egli und Marco Hardmeier, die trotz der ausserordentlichen Lage diesen interessanten Ausmarchungsprozess ermöglichten.

Gerade in diesen schwierigen Zeiten,

wenn Wirtschaft und Politik vor enormen Herausforderungen stehen und viele Menschen in wirtschaftlichen Schwierigkeiten stecken, kommt einer SP-Vertretung in der Regierung noch grössere Bedeutung zu. Unsere Werte wie Solidarität und Chancengleichheit bekommen eine ganz neue Dimension.

Mit Dieter Egli im Regierungsrat verschiebt sich die Regierungsmacht im Kanton noch mehr nach Osten. Als Aarauerin bedaure ich das sehr.

Ich gratuliere Dieter Egli zu diesem klaren Resultat und wünsche ihm viel Erfolg.

Franziska Graf-Bruppacher (www.franziska-graf.ch) von Aarau war SP-Grossrätin und ist SP-Stadträtin. Sie hat im ersten Wahlgang als einzige Frau für den frei werdenden Regierungsratssitz der SP kandidiert.



Auf in den Wahlkampf!

Franziska Graf-Bruppacher, Dieter Egli und ich, wir unterscheiden uns politisch nur marginal – und sahen uns nie als Konkurrent*innen. Vom Stil her jedoch haben die Delegierten der SP Aargau eine breite und echte Auswahl in diesem Nominationsprozess erhalten.

Neben vielen anderen ur-sozialdemokratischen Anliegen ist die Gleichstellung eines der wichtigsten Elemente meines persönlichen Wertekanons. Dies auch deshalb, weil ich mich allenthalben nach wie vor regelmässig mit verdeckter oder offener Homophobie beschäftigen und an etliche «Glasdecken» anrennen darf. Fortschritte sind zwar da, jedoch erlebe ich noch zu oft Gleiches wie vor 25 Jahren. Und das darf nicht länger sein: Denn den zutiefst sozialdemokratischen Wert der tatsächlichen Gleichstellung aller Menschen betrachte ich als zentralstes Element unserer gemeinsamen Wertebasis.

Wir stehen zu Beginn eines Jahrzehnts voller weitreichender Umbrüche. Die wirt-

schaftliche und technologische Transformation im Rahmen einer eigentlichen vierten industriellen Revolution erfordert Offenheit für Innovationen, die jedoch zwingend sozialverträglich ausgestaltet werden müssen. Und gleichzeitig ist die Sorgsamkeit gegenüber der Umwelt zentral. Beides zu vereinen ist die grosse Chance der Sozialdemokratie.

Die Covid-19-Pandemie wird uns nun zusätzlich vor enorme Herausforderungen stellen: Menschlich, gesundheitlich, wirtschaftlich, gesellschaftlich, politisch, etc. Dass davon der ganze Planet betroffen ist, macht es nicht im Ansatz einfacher. Die Auswirkungen werden uns noch lange beschäftigen. Stellen

wir weiterhin die Menschen mit ihren vielfältigen Bedürfnissen in den Mittelpunkt. Und vertreten wir darum weiterhin standhaft unsere Werte.

Liebe Genossinnen und Genossen, die Regierungsratswahlen 2020 werden für uns im bürgerlichen Kanton Aargau kein Sonntagsspaziergang. Geschenkt wurde uns in der Vergangenheit nichts, dies weiss ich als ehemaliger Parteipräsident nur zu gut. Wir mussten bei Majorzwahlen immer mit starken Argumenten und bestens vernetzten Persönlichkeiten überzeugen. Und darum heisst es jetzt: auf in den Wahlkampf um den SP-Sitz. Die SP zählt auf euren vollen Einsatz.

Marco Hardmeier von Aarau ist SP-Grossrat und Präsident der Konferenz Aargauischer Staatspersonalverbände KASPV. Er war von 2006 bis 2014 Präsident der SP Aargau (2006 bis 2009 Co-Präsident).



KOMMENTAR



Legislaturprogramm 2021 – 2024

Bereits im letzten Jahr hat die SP Aargau an der Präsidienkonferenz vom November entschieden, dass die SP auf die neue Legislatur ein inhaltliches Leitwerk für die Arbeit im Grossen Rat erarbeiten will. Das neue Legislaturprogramm wurde gemeinsam mit den Fachausschüssen erarbeitet und soll unsere politischen Grundwerte und Forderungen darlegen. Gerade jetzt in der Krise zeigt sich einmal mehr, wie wichtig unsere sozialdemokratischen Forderungen sind. Es braucht einen starken und ausgebauten Service Public, es braucht bezahlbare Krankenkassenprämien und es braucht eine gute soziale Absicherung für alle. Genauso wie wir auch eine aktive Gleichstellungspolitik brauchen und die Digitalisierung als Chance nutzen müssen. Auch darf man nicht vergessen, dass wir aktuell nicht nur eine Krise zu bewältigen haben. Wir befinden uns mitten in der Klimakrise, und hier braucht es sofort Massnahmen, um das Ruder herumzuseisen. Diese Themen werden im Legislaturprogramm aufgenommen und konkrete Forderungen gestellt.

Den Grundstein für das Papier legten über achtzig interessierte Mitglieder zusammen mit den Fachausschüssen an der Fachausschusstagung im Januar. Bis Mitte Februar arbeiteten die Fachausschüsse ihre Themenbereiche aus, und anfangs März startete die Geschäftsleitung die Vernehmlassung des zusammengefassten Werkes. Am 3. Mai endete die Antragsfrist. Die Anträge werden nun bereinigt, und über die aufrechterhaltenen Anträge werden die Parteitage-Delegierten am 13. Juni entscheiden können. Ich freue mich schon jetzt auf eine spannende Diskussion am Parteitag und auf das gelungene Legislaturprogramm, mit dem wir in den Wahlkampf starten.

Sascha Antenen von Zofingen ist politischer Sekretär der SP Aargau.

Back to normal – wollen wir das?

DER BUNDES RAT HAT SEINE CORONA-MASSNAHMEN SCHNELLER GELOCKERT ALS GEDACHT. ES GEHT ZURÜCK IN DIE NORMALITÄT – WENN ALLES GUT GEHT. DOCH, WOLLEN WIR DAS?



Silvia Dell'Aquila
von Aarau ist
SP-Grossrätin und
Regionalleiterin
VPOD Aargau/
Solothurn.

In den letzten Monaten wurde unser Leben auf den Kopf gestellt. Unser gesellschaftliches Gefüge wurde von der Krise etwas durcheinandergelassen. Es wurden neue Heldinnen und Helden ernannt, im Gesundheitswesen, in der Logistik, im Service Public. Es wurde bewusst, dass nicht die in den schicken Anzügen, sondern die Angestellten in den Berufen, die tendenziell schlechten Arbeitsbedingungen mit tiefen Löhnen ausgesetzt sind, unser Land am Laufen halten. Und die Politik wurde zeitweise zur Nebensache. Etwas verzweifelt meldeten sich Politiker/innen in Livestreams, auf Twitter, Facebook & Co. Doch sie erwiesen sich als überflüssig und zeitweise als so fern von der Bevölkerung, dass es schon peinlich war. Nicht Meinungen, sondern Fakten sind in einer solchen Krise gefragt. Und wenn sich Parlamente selbst unter Quarantäne setzen, dann muss man sich nicht wundern, dass man vergisst, dass es sie gibt.

Die Bevölkerung klatschte von den Balkonen und war dankbar, dass die Pöstlerin unsere Einkäufe und die Post bis an die Haustüre brachte, der Müll noch gesammelt wurde, die Pflegeperson im Altersheim und von der Spitex die Alten pflegte, in den sozialen Institutionen die geistig oder körperlichen Behinderten immer noch betreut wurden, die Verkäuferin immer noch an der Kasse sass und die Regale mit Produkten auffüllte, die von den überstundenschiebenden Logistikerinnen sortiert und geliefert wurden. Und die Mitarbeitenden in den Spitälern waren trotz der Gefahr, die von dem Coronavirus ausging, weiterhin an ihren Plätzen, von der Ärztin über den Patiententransporteur bis hin zur Pflegefachfrau, dem Fachmann Gesundheit, der Cafeteria-Mitarbeiterin und der Reinigungsperson. Auch viele Angestellte in Bereichen, die die Öffentlichkeit kaum wahrnimmt, verrichteten jeden Tag wertvolle Arbeit und leisteten damit still ihren

Beitrag zur Bewältigung der Krise. Endlich gingen einigen die Augen auf, es wurde klar, dass nun eine Masse von Unterbezahlten mit schlechten Arbeitsbedingungen unser Land am Laufen hielt. Nicht grossmäulige Politiker/innen, die sich als Virologen, Epidemiologen und Lockdown-Experten hervortun wollten, und auch nicht die Superschlaun auf den Teppichetagen. Eine neue soziale Frage tat sich auf. Gewerkschaften hatten alle Hände voll zu tun, um den Arbeitnehmerschutz einzufordern, denn mit der Krise stiegen auch die Verletzungen des Arbeitsgesetzes massiv.

Es wurde klar, dass nun eine Masse von Unterbezahlten mit schlechten Arbeitsbedingungen unser Land am Laufen hielt.

Jetzt ist es fast vorbei mit dieser Krise, so sagt man uns. Es ist Zeit für die berechtigten Forderungen der Systemrelevanten: mehr Lohn und bessere Arbeitsbedingungen. Doch wir können wieder einkaufen, ins Restaurant und zum Coiffeur. Mehr Lohn? Das kostet Geld! Bessere Arbeitsbedingungen? Sollen sie froh sein, dass sie noch eine Stelle haben. Die Politik findet wieder statt, die Grosskonzerne schlüpfen wieder durch und die Systemrelevanten ... wer waren sie schon wieder? Wenn «zurück zur Normalität» bedeutet, dass alles wieder vergessen und auch bezüglich Arbeitsbedingungen zum courant normal zurückkehrt wird, dann möchte ich lieber nicht zu dieser Normalität zurück. Die Aufgabe der Politik ist es nun, nicht wieder in die Vor-Corona Zeit zu fallen, sondern dafür zu sorgen, dass sich das gesellschaftliche Gefüge dauerhaft zum Besseren ändert.

ZEITGESCHICHTE

Ein Gedenken an die Juden von Sály

ALS SICH DER HEILPÄDAGOGE PETER BÜRGI IM RAHMEN EINES PROJEKTKURSES DER LEHRAMTSSCHULE AARGAU 1995 IN DER UNGARISCHEN GEMEINDE SÁLY AUFHIELT, FIELEN IHM GRABSTEINE MIT HEBRÄISCHEN LETTERN AUF, DIE AM RAND DER STRASSE ZUM FRIEDHOF LAGEN. DER GESCHICHTE HINTER DEN GRABSTEINEN GING BÜRGI NACH UND VERFASSTE EINE GEDENKSCHRIFT, DIE DIE VERSCHLEPPUNG DER SÁLYER JÜDINNEN UND JUDEN DURCH DIE UNGARISCHEN PFEILKREUZLER DOKUMENTIERT. DAS BUCH IST LETZTES JAHR ERSCHEINEN.



Katharina Kerr von Aarau ist Redaktorin links.ag.

Im ungarischen Sály gab es seit etwa hundertfünfzig Jahren eine jüdische Gemeinde mit fünfzehn Familien, ein osteuropäisches Shtetl, in dem die Einwohner Berufe wie Händler, Wirt, Handwerker oder Kleinbauer ausübten. Verschiedene Gebäude wie eine Synagoge und ehemalige Wohnhäuser der Gemeindemitglieder erinnerten auch nach dem Krieg 1945 noch an die Sályer Juden – wenn man genau hinschaute und mit der ungarischen Einwohnerschaft sprach. Denn die jüdischen Familien waren im März 1944 von den Pfeilkreuzlern nach Auschwitz deportiert worden, und nur ein paar von ihnen überlebten und kehrten nach dem Krieg kurz zurück.



Als Peter Bürgi 2008 ein völlig überwuchertes Gelände, das ihm als jüdischer Friedhof bezeichnet worden war, von Roma-Männern roden liess, kamen 140 jüdische Gräber zum Vorschein. Seither

wird dieser Friedhof wieder als jüdischer Friedhof geehrt und gepflegt, ein paar Roma finden hier Verdienst. Einige der Grabsteine sind im Buch abgebildet, und alle hebräischen Inschriften auf dem Friedhof finden sich in ungarischer und deutscher Übersetzung notiert.

In Sály, dessen Heilpädagogischer Sonderschule Peter Bürgi seit 1995 verbunden blieb und für die er mehrere Projekte wie Renovationen, Schulküchen und anderes – die Aufzählung der Projekte füllt zwei Seiten im Buch – finanzierte, durch Spenden und auch aus eigener Tasche, seit vier Jahren unterstützt durch die Weltgruppe Möhlin, fanden sich DorfeinwohnerInnen, die sich noch an die jüdischen Gemeindemitglieder und an deren Verschleppung erinnerten. Diese Zeitzeugenerinnerungen wurden sorgfältig aufgeschrieben, wir lesen daraus, dass die Jüdinnen und Juden in Sály integriert und geschätzt waren und dass sich viele Freundschaften zwischen Juden und Christen ergeben hatten.

Mit diesem Buch wird der in Auschwitz ermordeten Sályer Jüdinnen und Juden gedacht, die in Polen kein Grab und in ihrer Heimat keine Erinnerung gefunden hatten. Dies ist Peter Bürgi und seinen beiden Mitautorinnen Tóth Aranka und Stengerné Forgony Andrea, beide aus Sály, wichtig. Die Aufzeichnungen sind aber auch ein kultureller Beitrag an die Dorfgeschichte der kleinen ungarischen Gemeinde, die sich weder die historische Aufarbeitung ihrer jüngeren Geschichte noch die Unterstützung ihrer heilpädagogischen Institution leisten könnte. Es ist eines der vielen Projekte, die von interessierten und engagierten ZeitgenossInnen getragen werden und die die Welt zu einem besseren Ort machen.

Péter Bürgi von Magden, Tóth Aranka, Stengerné Forgony Andrea: Ehemalige jüdische Gemeinde in Sály/ A volt zsidó hitközség Sályban. Deutsch/ungarisch. BoD Norderstedt 2019. 72 Seiten mit Illustrationen, Fr. 38.50. Zu beziehen in jeder Buchhandlung und bei der Weltgruppe Möhlin: weltgruppe.ch. Péter Bürgi von Magden ist der nom de plume von Peter Bürgi, der drei weitere zeitgeschichtliche Bücher publiziert hat.

KOMMENTAR



Home Office – Fluch und Segen

Seit gut acht Wochen erreichen euch unsere Briefe, Mails und Anrufe nicht mehr aus dem Büro der SP Aargau in Aarau, sondern vom Küchen-, Garten- oder Schreibtisch zuhause.

Nach der ersten Orientierungswoche habe ich meinen Rhythmus gefunden. Morgens früh anfangen und dafür um 10 Uhr laufen gehen zu können, ist für mich ein enormer Mehrwert. Überhaupt arbeiten zu können in dieser Zeit, ist ein nicht selbstverständliches Privileg. Man muss aber auch zuhause strukturiert arbeiten, damit alle Arbeiten am Ende des Tages erledigt sind. Auch mit einem Arbeitszimmer ist man dennoch zuhause, und mit den Ausgangsbeschränkungen fühlt man sich schnell wie im goldenen Käfig.

Ich habe keine Familie um mich herum und brauche auf niemanden Rücksicht nehmen. Aber wie funktioniert das, wenn Vater, Mutter und Kinder auf einmal alle zuhause sind? Auf solche Fragen müssen wir als SP Antworten haben. Was können wir in Zukunft machen, um die Vereinbarkeit von Beruf und Familie zu verbessern? Die aktuelle Situation zeigt wie unter einem Brennglas, wo die aktuellen gesellschaftlichen Probleme liegen. Es sind genau die Bereiche, in denen wir seit Jahren Missstände anprangern. In dieser Krise tut sich aber auch Neues auf, so die lokalen Solidaritätsbewegungen, die hoffentlich bestehen bleiben.

Auf Dauer Home Office? Für mich sicher nicht. Aber die Situation zeigt, dass Home Office funktioniert, und warum nicht einen Tag in der Woche von zuhause aus arbeiten?

Ich freue mich jedenfalls, Sascha, Claudio, Regula und euch alle bald wieder regelmässig zu sehen. Nicht auf dem Bildschirm, sondern real am Parteitag, an Wahlveranstaltungen oder nach einer Bildungsveranstaltung bei einem Bier oder Wein!

Julia Hoppe von Herznach ist politische Sekretärin der SP Aargau.



KOMMENTAR



Und plötzlich war alles anders

Jeden Tag gab es wegen der Coronapandemie neue Veranstaltungs- und Sitzungsabsagen, und irgendwann war es soweit: Mein Kalender war leer. Schnell entstand die Idee, etwas Neues zu wagen. Die Idee der SP-Onlinesprechstunde war geboren: nicht länger als 45 Minuten, mit einem Input, der alle SP Mitglieder anspricht, und unkompliziert sollte es sein.

So kam es, dass sich mittwochs am Abend Neumitglieder, langjährige SP-Mitglieder oder auch Grossrät*innen zur SP- Onlinesprechstunde einschalteten. Während die einen ihr Abendbrot dabei assen, sass andere mit einem Bierchen auf der Terrasse, während sich wieder andere fleissig Notizen machten.

Neue Denkanstösse gab es bei den Veranstaltungen auf alle Fälle: Zum Beispiel erfuhren wir, dass sich nur 5 Prozent aller Menschen Fakten, aber 70 Prozent aller Menschen gut Geschichten merken können. Deshalb gab uns Nationalrätin Mattea Meyer Tipps und Tricks zum Storytelling mit. In einer anderen Veranstaltung plauderte SP-Mitglied Marco Kistler aus dem Nähkästchen, wie sie die Webseite «Hilf-jetzt.ch» auf die Beine gestellt haben und welche Rolle die SP in solchen Momenten übernehmen könnte.

Langsam füllt sich mein Kalender wieder – die neue Normalität kommt.

Ein Rucksack voller Wissen und Inspiration nehme ich von der SP-Onlinesprechstunde mit, und wenn alles gut läuft, wird die SP Aargau ab Herbst regelmässig ähnliche Bildungsveranstaltungen wieder durchführen – dann vielleicht einmal wieder offline.

Nora Langmoen von Baden ist SP-Einwohnerin und Mitglied der Geschäftsleitung der SP Aargau. Zuletzt am 29. April fand eine Online-Sprechstunde der SP Aargau über Zoom statt. Weitere sollen folgen; sie werden über facebook und auf der Homepage der SP angezeigt.

Unsere Campaigner*innen für die Grossratswahlen 2020

CB. WEGEN DER GUTEN ERFAHRUNGEN MIT DER BASISKAMPAGNE BEI DEN NATIONALRATSWAHLEN HAT DIE KANTONALPARTEI BESCHLOSSEN, AUCH BEI DEN GROSSRATSWAHLEN VON DIESEM JAHR AUF DIE BASISKAMPAGNE ZU SETZEN. KONKRET IST, FALLS DANN WIEDER MÖGLICH, IM AUGUST EINE QUARTIERUMFRAGE GEPLANT UND AB ENDE SEPTEMBER WIEDER DAS BEKANNTE WÄHLER*INNEN TELEFONIEREN. DAFÜR WURDEN DREI MOTIVIERTE CAMPAIGNER*INNEN EINGESTELLT, DIE AM 1. APRIL BEZIEHUNGSWEISE AM 4. MAI IHRE ARBEIT BEGONNEN HABEN. WIR FREUEN UNS SEHR AUF DIE ZUSAMMENARBEIT UND HEISSEN SIE HERZLICH IM TEAM WILLKOMMEN. NACHFOLGEND STELLEN SIE SICH KURZ VOR:



Von links nach rechts: Anna Rudin, Timothy Oesch, Luca Dahinden.

Luca Dahinden Ich bin 25 Jahre alt, studiere an der Universität Zürich Politikwissenschaften und Recht und wohne in Zürich. Meine politische Aktivität begann in der JUSO, wo ich momentan auch Co-Präsident der Zürcher Kantonalpartei bin. Zusätzlich bin ich im Vorstand der SP Zürich 3. Durch diese Ämter durfte ich schon Gemeinderats-, Kantonsrats- und Nationalratswahlen sowie einen kantonalen Abstimmungskampf für die Entlastungsinitiative der JUSO Kanton Zürich leiten. Die Basiskampagne kenne ich aus allen Sichtweisen, als Basismitglied, als Kandidat und schlussendlich für kurze Zeit noch als Campaigner bei den Nationalratswahlen in Zürich. Ich freue mich enorm, zusammen mit euch einen fulminanten Grossratswahlkampf hinzulegen und einmal mehr mit den Menschen zu reden, anstatt über sie.

Anna Rudin Ich bin im Fricktal aufgewachsen, danach zog es mich nach Genf, wo ich Internationale Beziehungen studiert habe. Meinen Master habe ich am Europainstitut in Basel absolviert mit den Vertiefungsrichtungen Arbeit, Migration und Gesellschaft sowie Nachhaltige Entwicklung. Nach meinem Studium suchte ich nach Herausforderungen im praktischen Bereich, unter anderem als Sennin auf einem Sömmerungsbetrieb. Der Praxisbezug in der Politik hat für

mich einen grossen Stellenwert – ganz nach dem Motto «mit und nicht über Menschen reden».

Ich möchte mich einsetzen für mehr Chancengleichheit, für die Gleichstellung der Geschlechter und für nachhaltiges Wirtschaften. Aktive Mitarbeit in der Basiskampagne ist Neuland für mich, und ich bin schon sehr gespannt und freue mich auf die vielen verschiedenen Begegnungen!

Timothy Oesch Ich bin 20 Jahre jung, wohne in Buchs (ZH) und mache aktuell ein Zwischenjahr in meinem Studium. Als langjähriges Parteimitglied durfte ich zwischen 2015 und 2019 Mitglied des Vorstands der JUSO Kanton Zürich sein und die erfolgreiche Abstimmungskampagne zur Entlastungsinitiative als Kampagnenmitarbeiter mitgestalten. Mein Vorstandsmandat und verschiedene Arbeiten bei der SP Zürich liessen mich diverse Wahlkämpfe miterleben.

Die SP-Basiskampagnen inspirieren mich: Keine andere Partei redet in diesem Ausmass mit Menschen über die Themen, die sie beschäftigen, wie wir es tun. Das zeigt abermals, dass die SP die Partei der Menschen und nicht der Millionen ist. Ich bin unglaublich stolz darauf, dass ich dieses Jahr mit euch zusammen einen phänomenalen Wahlkampf meistern und der SP zu einem Wahlsieg verhelfen darf.

GERICHTSURTEIL GEGEN HÖHERE PRÄMIENVERBILLIGUNG

Prämienverbilligung muss erkämpft werden

DIE SP KÄMPFT FÜR DIE PRÄMIENVERBILLIGUNG, DIREKT POLITISCH UND INDIREKT RECHTLICH – UND BRAUCHT EINEN LANGEN SCHNAUF.



Claudia Rohrer von Rheinfelden ist SP-Grossrätin und Co-Präsidentin der SP Grossratsfraktion.

Gemäss Art.65 Abs.1 des Bundesgesetzes über die Krankenversicherung (KVG) müssen die Kantone für Versicherte in wirtschaftlich bescheidenen Verhältnissen die Krankenkassenprämien verbilligen. Was genau mit «wirtschaftlich bescheidenen Verhältnissen» gemeint ist, wird nicht näher definiert. Die Prämienverbilligung wird durch Bund und Kanton gemeinsam finanziert. Der Bund bezahlt nach KVG einen jährlichen Beitrag in der Höhe von 7,5 Prozent der Bruttokosten der obligatorischen Krankenpflegeversicherung. Der Kanton Aargau ergänzt den Bundesbeitrag um einen Beitrag, der gemäss kantonalem Gesetz (KVGG) jährlich vom Grossen Rat mittels Dekret festzulegen ist.

Im Jahr 2019 hat sich die SP-Fraktion im Grossen Rat für eine Erhöhung der Beiträge eingesetzt, leider vergebens. Im Resultat können im kantonalen Vergleich bei uns nur sehr wenige Menschen von der Prämienverbilligung profitieren.

Die SP Aargau hat nach der verlorenen Initiative im Jahr 2017 nun zusätzlich den juristischen Weg eingeschlagen. Sie unterstützt Privatpersonen im Normenkontrollverfahren. Das Verwaltungsgericht sollte das Dekret prüfen und klären, ob mit der kantonalen Regelung das Bundesrecht erfüllt wird und ausreichend viele Menschen in bescheidenen wirtschaftlichen Verhältnissen erreicht werden. Leider ist das Verwaltungsgericht auf die Klage nicht eingetreten. Es begründete seinen Entscheid damit, dass es sich beim Dekret zur Prämienverbilligung nicht um ein zulässiges Anfechtungsobjekt

handle. Das Dekret zur Prämienverbilligung sei weder eine «Vorschrift» noch stellen das Dekret und § 1 des Dekrets Normen «verwaltungsrechtlicher Natur» dar. Inhaltlich hat sich das Gericht überhaupt nicht mit den Anliegen der Beschwerdeführenden befasst.

Da blieb nur der Gang ans Bundesgericht, nie ein einfacher Weg. Die Beschwerdemöglichkeiten vor Bundesgericht sind eingeschränkt, geprüft wird nur, ob der Entscheid des kantonalen Gerichts willkürlich erging oder nicht. Dabei liegt Willkür in der Rechtsanwendung vor, wenn der angefochtene Entscheid offensichtlich unhaltbar ist, mit der tatsächlichen Situation in klarem

Da blieb nur der Gang ans Bundesgericht, nie ein einfacher Weg.

Widerspruch steht, eine Norm oder einen unumstrittenen Rechtsgrundsatz krass verletzt oder in stossender Weise dem Gerechtigkeitsgedanken zuwiderläuft. Das Bundesgericht hebt einen Entscheid jedoch nur auf, wenn nicht bloss die Begründung, sondern auch das Ergebnis unhaltbar ist. Dass eine andere Lösung ebenfalls als vertretbar oder gar zutreffender erscheint, genügt nicht. Das Bundesgericht wird nicht inhaltlich entscheiden. Wenn es die Beschwerde gutheisst, so geht der Fall zurück an das kantonale Verwaltungsgericht, damit dieses inhaltlich entscheidet. Der Ausgang ist ungewiss. Auf politischer Ebene hat nun der Regierungsrat mitgeteilt, dass die Beiträge 2020 erhöht werden sollen, die SP Fraktion wird sich weiter auf politischer Ebene einsetzen.

KOMMENTAR



Initiative zurückgezogen Steuern bleiben Thema

Das Initiativkomitee musste die «Gegensteuerinitiative» zurückziehen, weil sie wegen zwischenzeitlichen Änderungen im Aargauer Steuergesetz zum Teil ungültig gewesen wäre.

Zusammen mit Gewerkschaften und Grünen reichten wir im Frühling 2019 die Volksinitiative ein, um die übertriebenen Steuersenkungen für Gutverdienende und Unternehmen teilweise rückgängig zu machen.

Dividendensteuer und Steuertarif

Ein Ziel der Initiative: Wer Dividenden bezieht, soll diese zu 80 Prozent versteuern, nicht wie heute zu 50 Prozent. Per 2020 wurde aber im Steuergesetz eine Systemänderung vorgenommen: Den Gesetzestext, auf den sich die Initiative bezieht, gibt es so nicht mehr. Weil ein eingereichtes Volksbegehren nicht abgeändert werden kann, wäre unsere Initiative teilungültig geworden. Und sie hätte ihren eigentlichen Sinn verloren: Ebenfalls auf 2020 gab es eine automatische Anpassung an die kalte Progression – und die Steuertarife der unteren Einkommen sind jetzt tiefer als von der Initiative gefordert.

Dank fürs Unterschriftensammeln

Deshalb musste sich das Initiativkomitee entscheiden, die Initiative zurückzuziehen. Das fiel nicht leicht – weil viele engagiert und mit Herzblut Unterschriften gesammelt haben. Ihnen danken wir ganz herzlich! Der Einsatz für eine vernünftige Steuerpolitik ist damit nicht gestorben – und nach der Corona-Krise erst recht wichtig. Die Rettungspakete des Staates müssen solidarisch von allen finanziert werden. Dafür braucht es mehr Steuereinnahmen und sicher keine neuen Sparmassnahmen!

Roger Sax von Niederwil und Dieter Egli von Windisch sind Co-Präsidenten des Fachausschusses Wirtschaft und Finanzen. Dieter Egli ist SP-Grossrat, Co-Präsident der SP-Grossratsfraktion und Vizepräsident der SP Aargau. Er kandidiert für die SP am 18. Oktober 2020 als Regierungsrat (<http://www.sp-aargau.ch/>).

Keine Maturprüfungen unter Corona!

DIE CORONAKRISE OFFENBART AN VIELEN ORTEN DIE UNFÄHIGKEIT UNSERER SYSTEMS, DEN DARIN LEBENDEN MENSCHEN SORGE ZU TRAGEN, AUCH BEI DER BILDUNG.



Lara Hitz von Unterentfelden ist Präsidentin der JUSO Aargau.

So sollen auch im Kanton Aargau während einer globalen Pandemie nach wochenlangem Unterrichtsausfall Maturitätsprüfungen stattfinden. Dies an Gymnasien, Fachmittelschulen und Maturitätsschulen für Erwachsene. Nicht nur Expert*innen, sondern auch Schüler*innen sehen damit die Chancengleichheit beschnitten. Bibliotheken sind geschlossen, Fernunterricht ist nicht in allen Fächern gleich gut möglich, und die erschwerten Bedingungen werden für viele spürbar: Vermehrte Mitarbeit im Haushalt, konfliktreiche Familien und schlechter Zugang zu psychologischer Betreuung tragen zu sehr ungleichen und belastenden Lernumgebungen bei.

Die Entscheidung, die Prüfungen durchzuführen, hat Bildungsdirektor Alex Hürzeler getroffen, KV-Absolvent und SVP-Regierungsrat. Jemand, der von seiner Entscheidung weder betroffen ist, noch die persönlichen Konsequenzen davon nachvollziehen kann. Während sich andere Kantone gegen

eine Durchführung der Prüfungen entschieden haben, handelt die Aargauer Regierung gegen den Willen der Betroffenen, den diese lautstark an ihren Regierungsrat herangetragen haben. Schüler*innen haben sich nämlich schweizweit zusammengetan, um für einen #Prüfungsstopp zu kämpfen: Einem Aufruf der JUSO Schweiz folgend wurden über 2100 Mails an den Bundesrat und an kantonale Bildungsdirektionen geschrieben, Petitionen wurden lanciert, Instagram-Accounts eröffnet, Hashtags verbreitet, und an den Schulen hat man sich selbst organisiert. Die gleichgültige Missachtung dieser Anliegen ist ein Schlag ins Gesicht dieser sich gerade politisierenden Jugendlichen. Sie verkündet: Uns interessieren eure Bedürfnisse nicht, und dagegen könnt ihr nichts tun.

Was muss die Linke daraus lernen?

1. Wir müssen den Menschen aufzeigen, dass wir für ihre Anliegen eintreten und sie in unsere Aktionen miteinbeziehen. Noch nie war das Bild der JUSO bei den Schüler*innen so positiv wie während unserer Mobilisierung gegen die Maturitätsprüfungen.
2. Krisen haben das Potential, Menschen zu politisieren. Wir müssen bei dieser Lebensrealität ansetzen und Alternativen aufzeigen. Auch, und wie sich bei der Corona-Krise besonders gezeigt hat, über den digitalen Weg.

3. Die Linke muss Antworten parat haben und bei ihren Antworten die Menschen konkret miteinbeziehen. Sowohl bei der Erarbeitung der Antworten als auch bei deren Umsetzung.

AUSSCHREIBUNG FÜR ZWEI SITZE IN DER GESCHÄFTSLEITUNG

Die Wahl der fünf Mitglieder erfolgt für zwei Jahre. Kompetenzen gemäss Statuten (<https://sp-aargau.ch/wp-content/uploads/2018/10/Statuten-1.pdf>). Die Geschäftsleitung tagt während ca. 20 Sitzungen pro Jahr und ist angewiesen auf deine Bereitschaft, ein ausserordentlich grosses ehrenamtliches Engagement für die SP zu übernehmen.

Anforderungen:

Teamfähigkeit und Loyalität, gefestigte, integrale Persönlichkeit, in der SP verankert und gute Parteikennntnisse, Bereitschaft, ein grosses ehrenamtliches Engagement für die SP zu übernehmen, Bereitschaft, sich langfristig zu verpflichten (mindestens 2 Jahre), langjährige politische Erfahrung und sehr gute Kenntnisse der kantonalen Politik.

Die Bewerbung mit Motivationsschreiben und Lebenslauf bitte umgehend an sekretariat@sp-aargau.ch senden!

IMPRESSUM

SP Aargau, Bachstrasse 43, Postfach, 5001 Aarau
Telefon 062 834 94 74, Fax 062 834 94 75
[sekretariat\(at\)sp-aargau.ch](mailto:sekretariat(at)sp-aargau.ch)

www.sp-aargau.ch

Erscheint 6 Mal pro Jahr

Auflage links.ag: 3255

Redaktion: Katharina Kerr

[katkerr\(at\)katkerr.ch](mailto:katkerr(at)katkerr.ch)

Redaktionsschluss für diese Ausgabe: 4. Mai

Redaktionsschluss nächste Ausgabe: 10. August

Erscheinen nächste Ausgabe: 28. August 2020

An dieser Nummer haben mitgearbeitet: Sascha Antenen, Claudio Bernet, Luca Dahinden, Silvia Dell'Aquila, Dieter Egli, Franziska Graf-Bruppacher, Marco Hardmeier, Lara Hitz, Julia Hoppe, Katharina Kerr, Nora Langmoen, Timothy Oesch, Claudia Rohrer, Anna Rudin, Roger Sax, Gabriela Suter, Cédric Wermuth.

AGENDA

Alle Termine unter Vorbehalt, dass und wie sie wegen des Lockdowns stattfinden können:

4. Juni 2020, 18.30 – 21.30 Uhr | Restaurant Schneggen, Reinach/AG

Eine Europäische Verfassung brächte die EU in eine bessere Verfassung.

Die SP Bezirk Kulm organisiert: Voraussetzungen, Wege und Ansätze zur europäischen Verfassung als Grundlage einer neuen, föderalen, transnationalen Demokratie.

Leitung: Andreas Gross.

13. Juni 2020, 10 – 17 Uhr | Oberkulm (Ort und Medium werden noch bekannt gegeben)

Ordentlicher Parteitag

27. Juni 2020 (Ort, Zeit und Medium werden noch bekannt gegeben)

Delegiertenveranstaltung SP Schweiz

5. September 2020, 16 – 21 Uhr | Bahnhofplatz Baden

Wahlfest

18. Oktober 2020

Gross- und Regierungsratswahlen